

PRESSESTIMMEN

KÄMPFE IM SUDAN

the guardian

„Ausweitung“ Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass eine der beiden Seiten bereit ist, auf Gewalt zu verzichten. Sollte die Gewalt weitergehen, besteht die reale Gefahr, dass immer mehr in- und ausländische Akteure in das Geschehen hineingezogen werden, was eine Lösung des Konflikts schwieriger denn je machen würde. Neben der Sorge um den Sudan selbst besteht die Befürchtung, dass die Kämpfe auf den Tschad, die Zentralafrikanische Republik und andere Regionen übergreifen könnten.

■ The Guardian, London

THE TIMES

„Wagner“ Jewgeni Prigoschin, der ehemalige Koch von Wladimir Putin, sorgt in Afrika für Aufruhr. Seine Wagner-Truppe hat im Sudan eine gut finanzierte paramilitärische Einheit ausgerüstet, die das Land zerrüttet.

■ The Times, London

KALENDERBLATT



Foto: APA/Rosvill

DAS GESCHAH AM ...

20. April

■ **1953:** In der DDR werden die Lebensmittelpreise, vor allem für Fleischwaren, durch Regierungsbeschluss drastisch erhöht.

■ **1998:** In einem vom deutschen Bundeskriminalamt als authentisch bewerteten Schreiben gibt die Terrorgruppe „Rote Armee Fraktion“ (RAF) ihre Auflösung bekannt.

■ **Geburtstag:** Joan Miro, spanischer Maler (1893–1983); Harold Lloyd, US-Schauspieler (1893–1971)

■ **Todestag:** Ernst Balluf, österr. Maler/Grafiker (1921–2008); **Tim Bergling** (Bild), schwed. DJ und Produzent „Avicii“ (1989–2018)

nachrichten.at

Lesermeinungen finden Sie auf der Dialogseite und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Das wird ein exklusiver Tropfen

Karikatur: Budweiser

MENSCHEN

FINA ESSLINGER

Kunst am Land

VON HERBERT SCHORN

Die Kunst wurde Fina Esslinger quasi in die Wiege gelegt: Sie ist nicht nur Tochter der Künstler Georg Ritter und Astrid Esslinger (auch der Urgroßvater Hans Spiegel war schon Maler), sie wurde auch vor 38 Jahren im Haus der Linzer Stadtwerkstatt geboren. „Ich bin ein Kind der freien Szene“, sagt sie und lacht. Nun verantwortet die Linzerin eines der wichtigsten Festivals für zeitgenössische Kunst in Oberösterreich: das biennial stattfindende Festival der Regionen, das heuer von 23. Juni bis 2. Juli entlang der Summerauerbahn ins Mühlviertel rattert. Gestern wurde das Programm vorgestellt.

Esslinger ist seit dem Vorjahr Obfrau des Veranstaltervereins und leitet gleichzeitig die inhaltliche Gestaltung des Festivals. „Es ist extrem wichtig, Kunst aufs Land zu bringen und sich nicht nur auf die Zentren zu konzentrieren“, sagt sie. Außerdem werde beim Festival direkt vor Ort Kunst produziert: „Uns ist wichtig, dass regionale und internationale Künstler engagiert werden.“

Dass sie selbst einmal Künstlerin wird, stand trotz der Herkunft nie zur Debatte. „Ich wollte nie Kunst machen und habe daher ganz bewusst Kunstgeschichte studiert“, sagt sie. Die 38-Jährige wuchs zuerst in Linz auf, übersiedelte dann nach St. Agatha, wo sie Volks- und Hauptschule besuchte. Zurück in Linz besuchte sie die Waldorfschule, bevor sie nach Wien zum Studium wechselte. Anschließend ging sie nach Berlin, wo sie für das bekannte Künstlerduo Elmgreen und Dragset als künstlerische Assistentin und Produzentin arbeitete. Für die zwei Künstler organisierte sie Aus-



Fina Esslinger (38) plant mit einer Kuratorengruppe das Festival der Regionen.

Foto: hes

stellungen unter anderem in London, Karlsruhe, Kopenhagen und Amsterdam. Später ging sie zurück nach Wien.

Mittlerweile lebt Fina Esslinger, die in ihrer Freizeit gerne Rad fährt, schwimmt und feiert, mit ihrem Partner in Leonding und Wien. Neben ihrer Tätigkeit beim Festival der Regionen arbeitet sie auch im Linzer Stadtmuseum Nordico und hat einen Lehrauftrag an der Linzer Kunstuni. Kunst bedeutet für sie, sich mit der Welt auseinanderzusetzen: „Kunst schafft Freiräume im Kopf.“

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON DIETMAR MASCHER



Protektionismus first oder Welthandel?

Nach dem „America first“ von Donald Trump heißt die Devise von Joe Biden nun „Climate first“. Das Ergebnis ist praktisch dasselbe. Nur dass der regierende US-Präsident ein grünes Mäntelchen angezogen hat. Die US-Regierung fördert E-Autos mit großzügigen Steuervorteilen, allerdings nur, wenn ein großer Teil der Wertschöpfung aus den USA stammt. Damit erleiden die Autohersteller aus Asien und Europa deutliche Wettbewerbsnachteile.

China subventioniert auf nicht immer ganz transparente Art und Weise die eigene -E-Auto-Industrie, um deren Exporte in den Westen zu verbilligen und konkurrenzfähig zu halten.

Europa steckt 43 Milliarden Euro in den Bau von Chipfabriken, um die Abhängigkeit von anderen Kontinenten zu reduzieren.

Jedes Land, jeder Kontinent versucht, sich unabhängiger von anderen Staaten oder Wirtschaftsblöcken zu machen und gleichzeitig die eigene Wirtschaft zu stärken. Das ist zum Teil durchaus nachvollziehbar. Auch der Wunsch der Deutschen und Österreicher nach Technologieführerschaft bei der Mobilität (E-Autos, E-Fuels, Wasserstoff) geht in diese Richtung.

Die Abhängigkeit bei Chips und Batterien von China, von Russland beim Gas und vom arabischen Raum und den USA beim Öl und Einbrüche der heimischen Wirtschaft beim Ausbleiben der Lieferungen machen protektionistische Reaktionen nachvollziehbar, und es ist nicht besonders klug, einseitige Abhängigkeiten zu akzeptieren.

Es muss uns aber auch bewusst sein, dass ein höheres Maß an Selbstbestimmtheit auch mit höheren Kosten für die Bürger verbunden ist. Denn der freie Welthandel hat den Vorteil, dass arbeitsteilig die niedrigsten Produktionskosten erzielbar sind.

Das Verhältnis von Protektionismus und freiem Handel über den Globus wird derzeit neu definiert. Auf die freien Handelsströme zu verzichten, wäre aber nicht klug. Besser wäre, die Handelsbeziehungen über Freihandelsabkommen zu regeln. Mit den USA wurde das bei TTIP leichtsinnig verabsäumt, mit Südamerika vergeigt man gerade den Mercosur-Vertrag. Für ein Exportland wie Österreich, das wenig eigene Rohstoffe hat, ist es nicht so schön, wenn andere sagen „Austria last“.

✉ d.mascher@nachrichten.at

HAIDEN AM DONNERSTAG

VON CHRISTINE HAIDEN



Und was, wenn wir es anders denken?

Momentan also der Bau. Zu wenige Aufträge, zu viele Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Der Staat soll reagieren, die werte Bevölkerung animiert werden, wieder Aufträge für Häuser und Bauwerke aller Art zu vergeben. Nach dem enormen Hype dank Coronaförderungen und Nullzinspolitik kommt nun der Katzenjammer. Die Medizin soll gleichbleiben: öffentliches Geld in den Sektor pumpen, Steuererleichterungen, weniger Strenge bei Krediten. Ist das schlüssig?

Ja, wenn es um die Fortsetzung des Gewohntens geht. Fraglich, wenn man die Chance für Veränderungen nutzen wollte. Es gibt, zu-

mindest angeblich, eine junge Generation, die weniger arbeiten und mehr Freiheit und Freizeit möchte. Mit Schulden geht sich das schwer aus. Wir hören von Klimaexperten, dass jedes weitere Verbauen von Flächen tunlichst zu vermeiden sei. Fachleute wie der aus Österreich stammende Umweltökonom Gernot Wagner, lehrend an der Columbia Universität in den USA, sagt, die beste Wohnform sei eine kleine Wohnung in der Stadt mit kurzen Wegen zu Schulen und Arbeitsplätzen, am liebsten öffentlich oder per Rad. Die Botschaft hör ich wohl, allein, mir fehlt der Wille, könnte man in Abwandlung des Goethe'schen Zitates sagen.

Wir bauen weiter, weil das ideale Heim im Grünen steht und das Wachstum unser Antriebsmotor ist. Vergessen scheinen die zaghafte Versuche, Ökonomie anders zu denken. Gibt es Wohlstand ohne Wachstum? Gemeinwohlökonomie war kurz ein Hype, geriet aber im Mainstream schnell in Verruf links zu sein, gar eine gleichmacherische, leistungsfeindliche Ideologie zu propagieren. Alternativen?

Die Europäische Zentralbank veröffentlichte dieser Tage, dass ein Gutteil der Inflation auf das Konto übermäßiger Unternehmensgewinne gehe. Es sei ein Gebot der Vernunft, wenn nicht gar der Moral, dieses Verhalten zu

überdenken. Wenn zu wenig Geld im Börsel der Konsumenten bleibt, nützen den Unternehmen Gewinne nur bedingt. Zudem bleibt fragwürdig, wie stark der Staat, also die Steuerzahler, einspringen soll, wenn nach der Privatisierung großer Gewinne die Umsatzlücken wieder größer werden. Individuell gesehen, wird jeder, der um seinen Arbeitsplatz fürchtet oder besagtes Eigenheim ansteuert, befürworten, dass öffentlich „gestützt“ wird. Aber ist es volkswirtschaftlich klug? Müssen wir immer weiterbauen, um bei diesem Beispiel zu bleiben? Was wäre mit einem neuen Motto wie: „Pflegen statt Bauen“? Das könnte nicht nur

für Arbeitskräfte gelten, denen ein Umstieg auf Care-Berufe nahegelegt werden könnte. Es könnte auch auf bestehende Bauten umgelegt werden. Viele könnten, besser gepflegt, auf hunderte Jahre und nicht nur auf wenige Jahrzehnte angelegt sein. Warum sollte man nicht wieder daran denken, in generationenübergreifenden Wohnverbänden zu leben und entsprechend zu bauen? Zum früheren konfliktbehafteten Aufeinanderkleben sollte es längst marktfähige Alternativen einer zeitgemäßen Wohnraumentwicklung geben. Es wird Zeit für neue Antworten.

E-Mail: post@christinehaiden.at